Mittwoch, 24. Januar (Morgen-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 7104.

Die „Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 Rℓ 15 Sgr. Auswärts 1 Rℓ 20 Sgr. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 Sgr., nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüßler; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1872.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 23. Januar, 7 Uhr Abends.

Berlin, 23. Jan. Durch eine vom 22. Januar datirte Cabinetsordre an das Staatsministerium ist der Geheime Ober-Justizrath Falk zum Minister der Geistlichen-, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ernannt. Fürst Bismarck hat bereits beiden Landtagshäusern eine Abschrift der Cabinetsordre zugehen lassen.

Deutschland.

* Berlin, 22. Januar. Die neuesten Vorgänge in Versailles beweisen es auf das deutlichste, daß eine Befestigung der französischen Zustände auf irgend einem Gebiet des staatlichen Lebens absolut nicht zu erwarten ist. Es bedarf dort keiner politischen Prinzipienfragen, um ernste Verwickelungen herbeizuführen, eine durchaus untergeordnete Frage reicht hin, um plötzlich den ganzen bestehenden Zustand in Frage zu stellen. Thiers verlangt 250 Millionen neuer Steuern, nicht um ein Defizit im regelmäßigen Budget zu decken, sondern weil er — rein doctrinär — schon jetzt eine regelmäßige Schuldentilgung von 200 Millionen jährlich für angebracht hält und weil er den Militairetat um 75 Mill. erhöhen will. Dieser Finanzplan rechtfertigt offenbar die ernsthaftesten Bedenken. Aber die Majorität der Nationalversammlung erhebt dieselben gar nicht; sie will neue Steuern in der geforderten Höhe bewilligen, nur nicht auf Rohstoffe; ja sie will sich sogar zum Rohstoffbesteuern entschließen, wenn sie sich überzeugt haben sollte, daß eine weniger unzweckmäßige Steuer nicht zu finden ist, während Thiers verlangt, daß sich die Kammer sofort für sein Steuerproject, wenigstens im Princip, erkläre. Und diese Nebenfrage droht die ganze Regierungsmaschine aus dem Geleise zu bringen! Freilich erschreckt die Nationalversammlung sogleich vor ihrem Votum, bittet Thiers zu bleiben und es hält nicht schwer, den regierungslustigen alten Herrn dazu zu bewegen. Um welchen Preis er sich hat beschwichtigen lassen, wissen wir noch nicht. Jedenfalls wird man ihm die Steuererhöhung und andererseits besonders die Erhöhung des Militairbudgets zugesichert haben. In dem letzteren, für die Beziehungen zu Deutschland so wichtigen Punkte dürfte Thiers nach der gegenwärtigen Krisis festeren Boden gewinnen und sicherer durchdringen, als vor derselben. Man ist erschreckt durch die Drohung seines Rücktritts, muß ihm gewisse Zugeständnisse machen und wird sie am Ersten auf einem Gebiete entgegenbringen, auf welchem er die Chauvinisten aller Farben hinter sich hat. Aber damit ist doch immer nur die Situation für den Augenblick gerettet, aber an der ganzen trostlosen Lage für die Zukunft nichts geändert. Von Thiers und seinen Ministern ist nicht zu erwarten, daß sie aus dem jüngsten Vorfalle die Lehre ziehen werden, die allein daraus gezogen werden kann, daß dem gegenwärtigen undefinirten Zustande durch Auflösung der National-Versammlung und Ausschreibung von Neuwahlen ein Ende gemacht werden muß. Eine neugewählte Versammlung würde vielleicht den Zusammenhalt in sich finden, welcher nöthig ist, um eine starke Majorität zu bilden, mittelst welcher es möglich wäre, dem Lande definitive verfassungsmäßige Zustände zu sichern. Da nun Thiers und seine Minister eine solche Initiative nicht ergreifen werden und die National-Versammlung selbst durchaus nicht in der Laune zu sein scheint, ihre Auflösung zu beschließen, so wird der jetzige Zustand eben fortdauern, bis wieder einmal ein ernsterer Conflict als der jüngste zwischen der Executive und Legislative eintritt und dann durch extralegale Einflüsse und Elemente eine Lösung herbeigeführt wird, die zu ermöglichen die legalen Factoren weder den Willen noch die Kraft besaßen. Es ist die traurigste aller Aussichten, die einem großen Lande eröffnet werden kann, wenn es durch den Parteihader und die innere Zerrissenheit darauf angewiesen ist, die Hoffnung auf Erlösung aus unhaltbaren Zuständen in irgend einen gelungenen Gewalt- oder Staatsstreich zu setzen. Wenn die Majorität der National-Versammlung und im Vereine mit ihr Herr Thiers fortfahren, jeden Weg zu meiden, der zu definitiven Zuständen führt, so ist kaum abzusehen, wie das anders enden soll, als mit dem Staatsstreiche irgend eines Prätendenten oder mit einer neuen, gleich allen früheren unfruchtbaren Revolution.

— Die Neigung der Abgeordneten, den Volksschullehrern zu helfen — schreibt man der „K. H. Z." — hat sich gestern in der Budgetcommission in einer für neun Lehrer höchst erfreulichen Weise kundgethan. Die gedachte Commission berieth über die extraordinairen Besoldungsaufbesserungen und war bei den Beamten des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten. Als Commissarius der Regierung fungirte der Geh. Oberregierungsrath Heider, der älteste vortragende Rath des landwirthschaftlichen Ministeriums, welcher die Anstellungen und Besoldungen unter sich hat. Derselbe ist bei allen politischen Parteien höchst unbeliebt, ist einer derjenigen Räthe dieses Ministeriums, welche, wie beim Budget vorkam, weder von Naturwissenschaften noch von Landwirthschaft etwas verstehen, noch sonst auf einen besonders hohen Grad von Bildung Anspruch machen kann. Der Referent Oberbürgermeister Kieschke schien es darauf abgesehen zu haben, Herrn Heider, der es ziemlich schnell vom Gerichtsregistrator zum ältesten Rath eines Ministeriums gebracht hat, auf das Glatteis zu setzen. Hr. Heider war schlecht informirt, oder woran lag es sonst, daß er mehrmals kurz hintereinander unter allgemeinem Gelächter der Budget-Commission erklären mußte, die Unrichtigkeiten, welche ihm Kieschke nachwies, seien auf Druckfehler zurückzuführen. Aber es blieb nicht bei dem Gelächter; — Ausdrücke der Entrüstung wurden laut, als Kieschke darauf hinwies, daß bei den Landesgestüten das landwirthschaftliche Ministerium mit seinen Gehaltserhöhungs-Anträgen zwar der nicht schlecht besoldeten Jokeys und Trainers, Stut-, Sattel- und Futtermeister gedenke, aber die jammervoll gestellten Schullehrer vergesse, und als hierauf Hr. Heider, der vortragende Rath mit 3000 Thlrn. Gehalt und ohne Universitätsbildung, erklärte, man habe bei den Lehrern die Gehaltserhöhungen nicht für nöthig gehalten. Zur Erläuterung der allgemeinen Entrüstung will ich anführen, daß nach den Anlagen zum Etat der Gestütverwaltung für 1872 die neun Schullehrer, welche auf den Gütern der Staatsgestüte fungiren, 120 Rℓ bis 300 Rℓ (durchschnittlich 180 Rℓ) einschließlich aller Emolumente erhalten, wohingegen Stut-, Sattel- und Futtermeister 250—350 Rℓ, durchschnittlich 300 Rℓ und Trainers und Jokeys 400—600 Rℓ, durchschnittlich 500 Rℓ erhalten; diese Erzieher der jungen Pferde sollten jetzt 50 Rℓ, die Erzieher der jungen Staatsbürger keinen Pfennig Zulage erhalten. Auf Kieschke's Antrag werden nun die neun Lehrer künftig 300—400 Rℓ, durchschnittlich 350 Rℓ erhalten, was für die schlechtest besoldeten fast eine Verdreifachung der Einnahme macht. Möchte nur ein Gleiches sich für alle preußischen Lehrer schon in diesem Jahre durchsetzen lassen!

BAC. Wie verschiedene Anzeichen vermuthen lassen, wird der Frühjahrssession des deutschen Reichstages nur eine kurze Dauer zugemessen sein; es wäre im höchsten Grade zu bedauern, wenn dieses Umstandes wegen die Vorlage des für diese Session in Aussicht gestellten definitiven Reichsmünzgesetzes unterbleiben und also frühestens in der Herbstsession des Reichstages erfolgen sollte. Es würde, da die weitere Ausprägung von Silber-Courant durch das Gesetz über die Ausprägung goldener Reichsmünzen untersagt ist, sich leicht eine Münzkalamität entwickeln können, die in ihren Folgen sich heute zwar noch nicht übersehen läßt, welcher vorzubeugen aber jedenfalls Mittel ergriffen werden müssen. Wir sollten meinen, daß, wenn die Frühjahrssession des Reichstages auch noch so kurz ist, doch das definitive Reichsmünzgesetz unter den Vorlagen dieser Session nicht fehlen sollte.

— Der Abg. Dr. Löwe hat an die Regierung die Interpellation gerichtet: welche Maßregeln sie gegen den Vertrieb der in den öffentlichen Blättern Berlins vom 20. und 21. Januar angekündigten 5prozentigen Prämien-Pfandbriefe der deutschen Hypothekenbank in Meiningen ergriffen hat?

— Aus Inowraclaw meldet man der „Pos. Z.": So eben ist auch in dem dritten vom Kgl. Fiscus auf dem Pielkeschen Grundstücke aufgestellten Bohrthurm in einer Tiefe von 430 Fuß Salz aufgefunden worden. Im Hauptbohrthurm fand man am 22. März 1871, im zweiten Thurm im Bastschen Garten vor etwa 3 Wochen in einer Tiefe von 410 Fuß, im dritten Thurm heute in einer Tiefe von 430 Fuß Salz. Das Salzlager, auf welchem unsere Stadt liegt, ist also mit einer Erdschicht von durchschnittlich 400 Fuß Dicke bedeckt

Posen, 22. Jan. Die Brücken für die Posen-Thorn-Bromberger Bahn bei Posen sind nun theils ihrer Vollendung nahe, theils im vollen Umfange im Bau begriffen, sämmtlich aber bereits soweit gediehen, daß das Schienengeleise über dieselben hinweggezogen und soweit nunmehr eine Schienen-Verbindung von Glówno bis unterhalb Jerzyce hergestellt werden konnte. Dennoch ist zu fürchten, daß, da Schwierigkeiten mannigfacher Art in und bei Posen seitens der oberschlesischen Eisenbahn-Direction zu überwinden sind, die Bahn von Gnesen aus eröffnet werden wird, während die Strecke Posen-Gnesen noch uneröffnet bleibt. (Ostd. Z.)

Frankfurt a. M. Wie das „Frkf. J." meldet, werden die Spielbäder gemeinschaftlich noch einmal Schritte thun, um eine Verlängerung der Ende dieses Jahres ablaufenden Spielconcession herbeizuführen. Zu diesem Zweck soll eine Collectiv-Eingabe von Bewohnern der Städte Wiesbaden, Baden-Baden und Homburg (in Ems hat man früher eine Aufforderung zur Theilnahme abgelehnt) an den Reichstag gerichtet und außerdem von Wiesbaden aus eine Petition an den Kaiser gesandt werden. Bekanntlich sind ähnliche Bemühungen der Städte Baden-Baden und Homburg durchaus erfolglos geblieben. Bei den in Regierungs- und Abgeordnetenkreisen über die betreffende Angelegenheit herrschenden Ansichten muß man auch diesen letzten Versuch als aussichtslos bezeichnen.

Aus dem Elsaß. Bei den Lyceen in Straßburg, Colmar und Metz sind im October — gleichzeitig mit der Eröffnung der Unterrichtscourse — die Internate eröffnet worden. In Straßburg und Colmar sind gegenwärtig je 30 Interne, in Metz nicht ganz halb so viel. Diese drei Lyceen sind die einzigen Secundärschulen, welche der Staat hält. Alle übrigen sind communal. Von den colléges communaux haben früher allerdings viele auch Internate gehabt, gewöhnlich Privatunternehmungen der Directoren (principaux). Die Wiederherstellung dieser ist erst noch in der Vorbereitung begriffen. Entscheidend für den Besuch der Anstalten durch Einheimische ist aber das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Internanten nirgends.

Oesterreich.

Das Ministerium hat in der vorgestrigen Sitzung des Verfassungs-Ausschusses endlich Gelegenheit genommen, sich in erschöpfender Weise über seine Auffassung der beiden, dem Reichsrathe vorbehaltenen Capitalfragen: Wahlreform und galizischer Ausgleich, auszusprechen. Die Erklärung des Ministerpräsidenten, Fürsten Auersperg, constatirt insofern eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Ministerium und der in der Adresse ausgedrückten Ansicht der Abgeordnetenhaus-Majorität, als das Ministerium einen inneren Zusammenhang zwischen der Wahlreform und dem galizischen Ausgleich nicht anerkennen will, sondern zunächst — nach Completirung des Abgeordnetenhauses mit Hilfe des Nothwahlgesetzes — den Ausgleich mit Galizien zu Stande bringen und dann erst auf dem Wege der Wahlreform den Reichsrath von den Landtagen unabhängig machen will. Andererseits ist aber das Ministerium mit der verfassungstreuen Majorität übereinstimmend der Ansicht, daß die Gewährung sämmtlicher Forderungen der galizischen Resolution sich mit dem Gesammtstaatsinteresse nicht vertrage, der Connex zwischen Galizien und den übrigen Kronländern also auf eine breitere Basis gestellt werden müsse, als die galizische Resolution dies verlangt. Obwohl aber mit dieser Erklärung sowohl der Majorität als den Polen eine partielle Enttäuschung bereitet wurde, scheint die Mehrheit des Verfassungsausschusses den Standpunkt der Regierung schließlich doch als den geeigneten Ausgangspunkt zu weiteren Schritten acceptirt zu haben, da Polen und Deutsche sich am Schlusse zur Wahl einer siebengliederigen Subcommission vereinigten, welche die galizische Angelegenheit in Vorbereitung zu nehmen haben wird.

* Als Barometerstand der kaiserlichen Gnade für das Ministerium meldet der Telegraph, daß der Kaiser und mehrere Mitglieder seiner Familie Sonnabend auf der Soirée des Grafen Andrassy erschienen ist.

England.

London, 20. Januar. Die Dankesfeier für die Wiederherstellung des Prinzen von Wales soll so großartig wie möglich gemacht werden. Die Königin nebst der ganzen Königlichen Familie nimmt Theil, und für die Parlamentsmitglieder, so wie für Municipaldeputationen aus dem ganzen Lande werden amphitheatralische Sitze errichtet.

— Der Präsident der geographischen Gesellschaft, General Rawlinson, hat von dem britischen Konsul in Kairo, Mr. Rogers, eine Depesche erhalten, die dazu angethan ist, alle im Umlauf befindlichen ungünstigen Gerüchte betreffs der Wohlfahrt der Sir Samuel Baker'schen Expediton nach dem oberen Nil zu beseitigen. Die Depesche lautet: „Kairo, 17. Januar 1872. Nachrichten von Baker, datirt 8. Oktober 1871, kommen aus dem 4° 55' nördlicher Breite. Alle Europäer befinden sich wohl." In dem erwähnten Breitengrade befindet sich Gondokoro, wo sich vor drei Monaten wahrscheinlich das Hauptquartier der Expedition befand.

— Wieder werden zwei Kriegsschiffe zum Verkaufe angeboten: die Raddampfer „Medusa", 889 Tonnengehalt 260 Pferdekraft, und „Triton" 654 Tonnengehalt, 260 Pferdekraft.

Frankreich.

Paris, 20. Jan. Die Franzosen fahren fort, ihre Niederlagen zu feiern. Heute findet ein Gottesdienst in St. Quentin statt, bei dem der General Ladmirault als Vertreter der Regierung und Gambetta erscheinen werden, und gestern wurde in den Kirchen von St. Cloud und Rueil die Schlacht von Buzenval — es war der letzte Ausfall, welchen die Pariser machten — feierlichst begangen. Obgleich das Wetter äußerst schlecht war, so hatte sich doch eine große Anzahl von Personen in St. Cloud eingefunden, und die dortige Kirche war zu klein, um Allen Raum zu gewähren. Das 35. Linien-Regiment, welches sich bei der Vertheidigung von Paris betheiligt hatte, that den Ehrendienst. Der Bischof von Versailles stand der Feierlichkeit vor. In der Nähe des Altars befanden sich die Generale Trochu, Ducrot und Vinoy, der Präfect des Seine- und Oise-Departements (Versailles), zu denen St. Cloud gehört, und viele Offiziere der Armee und der Mobilgarde. Die Kirche war schwarz ausgeschlagen und mit Fahnen geschmückt und in der Mitte ein Katafalk aufgestellt. Auf den Pfeilern waren die Namen der Regimenter und Nationalgarden-Bataillone verzeichnet, die an dem Kampfe vom 19. Theil genommen. Der Gottesdienst begann gegen 12 Uhr und um 12½ Uhr bestieg der Bischof von Versailles die Kanzel, um eine Ansprache an die Versammlung zu halten. „Heute vor einem Jahre" — so begann derselbe — „fielen imposante Streitkräfte aus Paris aus, die an ihren Spitzen geschickte und entschlossene Führer hatten (Murren und Ausrufe des Erstaunens), und alles, was die belagerte Stadt an ergebenen Vertheidigern hatte, war anwesend, nur die Elenden nicht, welche, anstatt an das Vaterland zu denken, schon die Schrecknisse der Commune vorbereiteten...." — Diese Worte des Bischofs machten auf die Anwesenden einen sehr schlechten Eindruck, und der Schluß seiner Rede, wo er die Armee anruft, die Frankreich schon einmal von einer tausendfach größeren Gefahr, als der fremden Invasion, gerettet habe, und welche durch die Furcht, die sie einflöße, den Staatsgewalten gestatte, das Land zu reorganisiren, war auch keineswegs nach dem Geschmack des Publikums. Man hätte lieber gesehen, daß der Bischof sich darauf beschränkt hätte, ein einfaches Gebet zu sprechen. Nach dem Gottesdienst begab sich die Versammlung nach den Gräbern der Gefallenen, um dieselben zu segnen. Die Zahl derer, welche sich dort einfanden, war aber nur gering, da das Wetter abscheulich war.

— Der Greffier der Roquette unter der Commune, Louis August Juraud, ist vor zwei Tagen verhaftet worden. Der Fang ist in so fern wichtig, als in dem genannten Gefängniß der Erzbischof und die übrigen Geiseln umgebracht wurden.

— Heute soll eine Zusammenkunft zwischen der Exkönigin Isabella und dem Herzog und der Herzogin von Montpensier stattfinden. Dieselben sollen sich nämlich ausgesöhnt haben. Zwischen der Königin und ihrem Gemahl soll auch eine Versöhnung zu Stande gekommen sein.

— Man kennt jetzt das Votum der Soldaten in der Ergänzungswahl von Paris: Etwa 1200 haben für Vautrain und 2400 für V. Hugo gestimmt.

— Die Militaircommission hat sich kürzlich auch mit der Frage wegen der Einführung des Helms nach preußischem Muster beschäftigt, denselben jedoch nach längerer Debatte abgelehnt und eine Verbesserung des Käppi beschlossen. Wie ferner verlautet, sollen die Posten der Militairbevollmächtigten in fast allen französischen Gesandtschaften neu besetzt werden, nur soll die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten etwas schwer sein.

— Die Gerüchte von Unruhen in Lyon und Marseille haben sich nicht bestätigt, aber es ist Thatsache, daß in der letztgenannten Stadt die Agitation groß genug war, um die Regierung zur Concentration von Truppen zu veranlassen.

Italien.

Rom, 15. Jan. Die Klagen der hierher versetzten Beamten werden alle Tage bitterer. Viele bringen ihre Beschwerden vor, wie es ihnen unmöglich sei, mit ihrem geringen Gehalt, das durch Abgaben dezimirt wird, in Rom zu leben. Es sind zum Beispiel Beamte hierher versetzt worden, die monatlich nur 70 Francs beziehen; eine große Anzahl erhalten 91 Francs monatlich, auch wahrlich kärglich genug und sollen damit noch Frau und Kinder ernähren, was bei den jetzt hier herrschenden Preisen ganz unmöglich ist.

Danzig, den 24. Januar.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 23. Jan.] Stellvertretender Vorsitzender Hr. O. Steffens; den Magistrat vertreten die HH. Oberbürgermeister v. Winter, Stadträthe Strauß und Hirsch. — Vor der Tagesordnung theilt der Hr. Vorsitzende der Versammlung mit, daß zu nächstem Donnerstag eine Sitzung der Etatscommission mit beschränkter Oeffentlichkeit anberaumt sei; wer von den HH. Stadtverordneten derselben beizuwohnen wünsche, habe dies im Bureau zu melden. — Der betr. Ausschuß hat seinen Bericht eingereicht bezüglich der Wahlen zur Ergänzung der ständigen Deputationen und Commissionen pro 1872. Die Versammlung wählt nach dessen Vorschlägen: 1) In das Armendirectorium I. Hrn. Forstmeister Schulz (an Stelle des Hrn. Wendt); 2) in der Baudeputation werden für die HH. Spalding und Stattmiller keine Ersatzwahlen getroffen, da die jetzige Mitgliederzahl 17 als ausreichend erkannt wird; 3) in die Communal-Einschätzungs- und Reclamations-Commission C. werden die HH. Rentier Hohnfeldt und Radewald gewählt (an Stelle der HH. Spalding und Wendt); 4) in die Etats-Revisions-Commission die HH. Baum und Gronau (an Stelle der HH. Schirmacher und Stattmiller); 5) in die Forst- und Deichdeputation die HH. Kosmack und Bertram (an Stelle der HH. Schirmacher und Stattmiller); 6) in die Kämmereideputation Hr. Schottler (an Stelle des Hrn. Stattmiller); 7) in das Kassen-Curatorium Hr. Behlow (an Stelle des Hrn. Schirmacher); 8) in die Militär-Familien-Unterstützungs-Commission die HH. Katz und H. Krüger (an Stelle der HH. Spalding und Schirmacher); 9) in die Rechnungs-Abnahme-Commission die HH. Schulz und Bernicke (an Stelle der HH. Schirmacher und Wendt); 10) in die Viehmarkts-Commission Hr. Kuhl (in Stelle des Hrn. Stattmiller); 11) in die Wasserdeputation Hr. Gronau (an Stelle des Hrn. Wendt). — Magistrat ersucht um Genehmigung der Niederschlagung von 16 Rℓ 20 Sgr. uneinziehbaren Wohnungssteuerresten pro Semester vom 1. October 1870 bis 1. April 1871, sowie von 163 Rℓ 27 Sgr. dergleichen pro Semester vom 1. April bis 1. October 1871. Hr. Gibsone wird vor Ertheilung der Genehmigung in nächster Sitzung darüber referiren, ob unter den Restanten sich nicht noch einige Zahlungsfähige befinden, die später noch zur Zahlung herangezogen werden können. — Die Niederschlagung der Trottoirkosten, welche der Wwe. Dick mit 14 Rℓ 4 Sgr. für die Trottoirlegung vor dem Grundstücke Lawendelgasse Nr. 2 zur Last fallen, wird genehmigt. — Dem Bäckermeister Droß werden als Beihilfe zu den Kosten für Beseitigung des zu den Grundstücken Tobiasgasse 21 und 22 gehörigen Vorbaues 50 Rℓ baar und kostenfreies Trottoir bewilligt. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß dem Theaterdirector Lang auch für die Saison 1871/72 die Hälfte des Gaspreises erlassen werde. — Nachdem mit dem 1. Januar c. das Metermaß obligatorisch geworden, muß die Gasanstalt das den Consumenten verabfolgte Gas nach Cubikmetern berechnen. Der Preis ist aber gegenwärtig noch nach Cubikfuß und zwar auf 1 Rℓ 25 Sgr. für 1000 Cubikfuß bestimmt. Bei Umrechnung dieses Preises auf Cubikmeter wird 1 Cubikmeter kosten 1 Sgr. 9,348 ₰, 10 Cubikm. 17 Sgr. 9,42 ₰, 100 Cubikm. 5 Rℓ 27 Sgr. 10,28 ₰. Das Curatorium empfiehlt, den Preis abzurunden und zu normiren für 1 Cubikmeter auf 1 Sgr. 9,6 ₰, für 10 Cubikmeter auf 18 Sgr., für 100 Cubikmeter auf 6 Rℓ. Magistrat nimmt seinen Antrag vom 6. Mai 1870 wieder auf und wünscht, daß die Versammlung der vorgeschlagenen Preisnormirung zustimme. Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen. (In der Sitzung der Stadtverordneten am 31. Mai 1870 hatte der Magistrat beantragt, nach Einführung des Metermaßes den Gaspreis pro 100 Cubikmeter auf 6 Rℓ, also pro 10 Cubikmeter auf 18 Sgr., pro 1 Cubikmeter auf 1 Sgr. 9,6 ₰ zu normiren; Hr. Gronau hatte beantragt, den Preis für 100 Cubikmeter auf 5 Rℓ 27 Sgr. festzusetzen; beide Anträge wurden damals abgelehnt.)

Die Zahlung der Zinsen eines Capitals von 1000 Rℓ für das in dem Besitze der Stadtcommune übergegangene Grundstück Strandgasse No. 8 des Hypothekenbuchs, Schilfgasse No. 1 der Servisbezeichnung, im Betrage von 40 Rℓ jährlich, und zwar vom 1. April 1871 ab, in halbjährlich postnumerando an den Vorstand des H. Leichnamshospitals zu zahlenden Raten wird genehmigt. — Gegen die Verpachtung der Streu- und Grasnutzung auf der Anschwemmung westlich des Dünendurchbruchs bei Neufähr vom 1. April 1872 ab auf 3 Jahre an den Eigenthümer Schneider in Neufähr für 11 Rℓ jährlichen Pachtzins wird nichts eingewendet.

(Früherer Pachtzins 18 Thlr. jährlich) — Magistrat ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß das in dem städtischen Grundstücke hinter dem Lazareth No. 23 des Hypothekenbuchs, No. 13 der S.-A. befindliche Kinderdepot mit dem 1. Juni c. aufgelöst werde. Die Anstalt ist dazu bestimmt, denjenigen Kindern zeitweise Aufnahme und Verpflegung zu gewähren, welche durch Erkrankung oder plötzlichen Todesfall ihrer Angehörigen ohne Beistand bleiben oder aus andern Gründen obdachlos geworden sind. Der Zweck, welchem dieses Depot gewidmet ist, läßt sich jetzt einfacher und billiger erreichen. Schon seit Jahren werden häufig Kinder in die im städt. Arbeits- und Siechenhause durch das Bedürfniß entstandene Kinderstation gebracht. Das Kinderdepot hat früher in einer gewissen Verbindung mit dem Lazareth gestanden; seitdem diese Verbindung gelöst ist, hat die Siechenhaus-Kinderstation den Vorzug vor dem Kinderdepot, daß die Pfleglinge im Erkrankungsfalle ohne Verzug auf die städtische Krankenstation und sofort nach ihrer Herstellung wieder zurückverlegt werden können. Es ist auch zu berücksichtigen, daß der Unterhalt der Kinder, welche im Kinderdepot — ohne Anrechnung des Miethswerthes der für die Anstalt und als Wohnung für die Hausmutter benutzten Räumlichkeiten — seit Jahren 5 Sgr. bis 5 Sgr. 2 ₰ pro Kopf und Tag betragen hat, in der Siechenhaus-Kinderstation billiger ist. Magistrat ist der Ansicht, daß es für die Commune vortheilhaft ist, das Kinderdepot mit dem 1. Juni c. aufzulösen und von da ab die Siechenhaus-Kinderstation für die Zwecke, denen das Kinderdepot gewidmet war, allein zu benutzen. Kinder, bezüglich deren sich herausstellt, daß die Commune längere Zeit oder dauernd für sie zu sorgen haben wird, würden baldigst als Communalpfleglinge untergebracht oder dem Kinder- und Waisenhause zu Pelonken zugewiesen werden. Wegen Verwendung des Kinderdepot-Gebäudes will Magistrat demnächst Vorschläge machen. Die Auflösung des Kinderdepots wird genehmigt. — Das Armendirectorium hat darauf angetragen, in Betreff der Beschaffung der den städtischen Armen zu gewährenden Kleidungsstücke eine Aenderung der bisherigen Einrichtungen der Art eintreten zu lassen, daß das sog. Kleiderdepot aufgehoben und dagegen mit dem hier bestehenden Armen-Unterstützungs-Verein, der schon seit längerer Zeit den größten Theil der Bekleidungsgegenstände geliefert hat, eine Vereinbarung getroffen werden soll, wonach derselbe einen Vorrath der erforderlichen Kleidungsstücke zu halten und daraus gegen entsprechende Preise die bewilligten Stücke auf Anweisung des Armen-Directoriums unmittelbar zu verabreichen hat. Der genannte Verein ist zum Abschlusse eines solchen Abkommens bereit und will auch die noch vorhandenen Bestände übernehmen. Hiernach dürfte fernerhin die Commune keine Kleidervorräthe mehr beschaffen und dem qu. Verein würde erwünschte Gelegenheit zur Beschäftigung seiner Armen gegeben. Die Versammlung erklärt sich mit der vorgeschlagenen Einrichtung einverstanden und genehmigt speciell die Aufhebung des Kleider-Depots. — In dem Protokoll vom 14 November v. J. ist die achte Arbeitshausaufseherstelle als auf 200 Thlr. erhöht angegeben. Magistrat macht darauf aufmerksam, daß dies auf einem Irrthum zu beruhen scheine, da er die Erhöhung dieser Stelle nur auf 280 Thlr. beantragt habe und die Summe der erhöhten Gehälter auch diesem Antrage entspreche. Die Berichtigung des Protokolls nach der Auskunft des Magistrats wird Seitens des Büreaus geschehen. — Das Statut für Wasserleitung und Canalisation bestimmt, daß diejenigen Grundstücksbesitzer, welche sich im Besitze einer sogenannten Wasserberechtigung befinden und auf diese Berechtigung bis zum 1. Januar 1872 verzichten, aus der neuen Wasserleitung das Wasser für ihren Hausbedarf zum halben Preise während der Dauer von 12 Jahren erhalten sollen. Bei Bemessung dieser Frist setzte man voraus, daß die Werke im Jahre 1871 vollendet sein und der Benutzung derselben Seitens der Privaten kein Hinderniß entgegenstehen würde. Da diese Voraussetzung nicht eingetroffen und viele Hausbesitzer die Hauseinrichtungen für Wasserleitung und Canalisation erst ausführen können oder wollen, wenn das Grundstück an das Sielsystem angeschlossen werden kann, auch die meisten Wasserberechtigten mit den Verzichterklärungen warten, bis sie die neue Wasserleitung in ihr Haus geführt haben, so hat die Wasserdeputation vorgeschlagen: die Frist für die Verzichterklärungen bis zum 1. Januar 1873 auszudehnen. Magistrat ist dem beigetreten und beantragt: die Versammlung wolle sich mit dieser Fristausdehnung ebenfalls einverstanden erklären. Es ist ferner eine Abänderung derjenigen Bestimmungen des Wasserregulativs nothwendig, in welchen der Preis für das nach Wassermessern zu berechnende Wasser auf 2½ Sgr. für je 100 Cubikfuß angegeben ist; es muß vom 1. Januar 1872 die Berechnung nach Cubikmetern erfolgen. Ein Cubikmeter hat 32,339 Cubikfuß; er würde also, 100 Cubikfuß zu 2½ Sgr. gerechnet, anzusetzen sein mit 9,701 ₰. Eine Abrundung dieser Zahl ist durch das practische Bedürfniß geboten und die betreffende Deputation schlägt deshalb vor, für das nach Wassermessern zu bezahlende Wasser den Preis vom 1. Januar c. ab auf 10 ₰ für das Cubikmeter festzusetzen. Magistrat hält die geringfügige Erhöhung des Preises für nicht bedenklich, da der Preis noch immer ein überaus niedriger bleibe. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Frist für die Verzichterklärung bis zum 1. Januar 1873 ausgedehnt wird und genehmigt die Festsetzung des Preises für 1 Cubikmeter Wasser aus der neuen städtischen Leitung vom 1. Januar c. ab auf 10 ₰.

In der darauf folgenden geheimen Sitzung wurden folgende Gegenstände verhandelt: Der Gewerbeschuldirector Grabo ist vom Handelsminister mit seinem Antrage, sein Gehalt von 1000 Thlr. um 200 Thlr. zu erhöhen, abgewiesen, da der Minister nicht den Etat derartiger Gewerbeschulen, wie die hiesige, überschreiten könne; doch hat derselbe sich bereit erklärt, eine Theuerungszulage von 200 Thlr. zu gewähren, falls die städtischen Behörden die Hälfte dieser Summe bewilligen. Die Versammlung beschließt auf Antrag des Magistrats 100 Thlr. zu diesem Zweck aus der Gewerbeschulkasse zu zahlen. — Während der Stadtsecretair Hein und der Bureaugehilfe Kreutz im Jahre 1870/71 zu den Waffen einberufen waren, sind ihre Arbeiten von den übrigen Beamten des II. Büreaus geleistet worden. Dafür werden diesen Letzteren auf Antrag des Magistrats als Remuneration 119 Thlr. überwiesen, welche in jener Zeit an dem Gehalt des Secretair Hein erspart sind. — Der Magistrat zeigt an, daß er, in Stelle des zum 1. Baumeister erwählten Hrn. Kawerau, den Architecten Otto aus Potsdam zum 2. Baumeister gewählt habe. Die Versammlung hat nichts gegen diese Wahl zu erinnern. — Der frühere zweite Buchhalter der Gasanstalt, Röding, ist nach Auflösung der Gasanstaltskasse als Büreauassistent mit seinem bisherigen Gehalt von 360 Thlr. beschäftigt gewesen. Die Versammlung beschließt, auf Antrag des Magistrats, das Gehalt desselben auf 400 Thlr. zu erhöhen. — Zum Schluß fand die Vorbesprechung der Wahl eines besoldeten Stadtraths statt.

Hierauf wird die Oeffentlichkeit der Sitzung wieder hergestellt und es erfolgt zunächst die Wahl eines besoldeten Stadtraths. Es werden 49 Stimmen abgegeben, von welchen Kreisrichter Meckbach (Danzig) 21, Staatsanwaltsgehilfe Schultz (Marienwerder) 18, Kreisrichter Schülke (Briesen) 7 und Kreisrichter Bacher (Schivelbein) 3 erhält. Da keine absolute Majorität erzielt ist, wird zur engeren Wahl geschritten, bei welcher Herr Meckbach mit 26 Stimmen gewählt wird, während Hr. Schultz 16, Hr. Schülke 5 und Hr. Bacher 1 Stimme erhielten. — Der Wahl des Stadtverordneten Dr. Liévin zum Stadtrath ist, wie schon mitgetheilt, von der Regierung die Bestätigung versagt worden, weil dieselbe der Ansicht ist, daß derselbe mit dem Stadtrath Hoene verschwägert sei und dies Verhältniß — das nach der Städteordnung zwischen Mitgliedern des Magistrats nicht stattfinden dürfe — auch durch den Tod der Ehefrau des Dr. Liévin nicht alterirt sei. Hr. v. Winter und Hr. Breitenbach führen aus, daß die hierbei in Betracht kommende Rechtsfrage disputabel sei; das römische Recht erkläre ausdrücklich, daß der Tod die Schwägerschaft aufhebe; das preußische Allg. Landrecht scheine von derselben Auffassung auszugehen, spreche das aber ebensowenig, wie etwa das Gegentheil aus; ein Präjudiz existire in dieser Frage nicht; es sei daher von einer Beschwerde über die Entscheidung der Regierung an den Minister des Innern kein anderes Resultat zu erwarten. Die Versammlung beschließt darauf, sich mit der Entschließung der Regierung zu bescheiden und in der nächsten Versammlung eine Neuwahl vorzunehmen. — Auf Antrag des Magistrats beschließt die Versammlung, die Stelle eines Aufsehers und Heizers im jetzt ausgebauten Franziskanerkloster zu creiren; derselbe soll eine Dienstwohnung im Souterrain des Gebäudes und 200 Thlr. Gehalt aus dem Fonds zur baulichen Unterhaltung des Klosters erhalten.

Vermischtes.

— Von der umfassenden Bildung, welche die französischen Herren Journalisten besitzen, legt folgende Notiz Zeugniß ab, welche wir in den faits divers der „Liberté" finden: „Georges Castriot von Scanderberg, Fürst von Epirus und Albanien, weilt seit einigen Tagen in Paris. Bekanntlich wurde Scanderberg im Jahre 1862 aus seinem Königreich Epirus verjagt, aber entschlossen, seine Staaten wiederzuerobern, hat der Fürst den Krieg mit der Türkei wieder begonnen und ist gegenwärtig aus seinem Hauptquartier abgereist, um einige Monate in Paris zuzubringen". — Unsere deutschen Quartaner lernen in der Geschichtsstunde: „Georg Kastriota, genannt Skanderbeg, der Held von Albanien, geboren 1414, gestorben 1466! Aber: „1000 Jahre — kleine Zeit, noch lange keine Ewigkeit!" meint das alte Studentenlied.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Januar. Angekommen 4 Uhr — Min.

		Crs. v. 22.			Crs. v. 22.
Weizen Jan.	79	79	Preuß. 5pCt. Anl	100 5/8	100 4/8
April-Mai	79 6/8	80	Preuß. Pr.-Anl.	120 6/8	121
Rogg. matt			3½pCt. Pfdbr.	83 2/8	83 2/8
Regul.-Preis	56 2/8	fehlt	4pCt. wpr. do.	94	94
Jan. ...	56 2/8	56 3/8	4½pCt. do. do.	99 5/8	99 4/8
April-Mai	56 2/8	56 4/8	Lombarden ...	127 1/8	126 6/8
Petroleum,			Rumänier	46 5/8	46 6/8
Jan. 200 ℔	12 20/24	12 20/24	Amerikaner ...	97	97
Rüböl 200 ℔	27⅞	27⅞	Oester. Banknoten	87 2/8	87⅜
Spir. ermatt.			Russ. Banknoten	83 3/8	83 2/8
Jan. ...	23 20	23 26	do. 1864r Pr.-Anl.	130	130 2/8
April-Mai	24 2	24 8	Italiener	67	66⅞
Nord. Schatzanw.	fehlt	fehlt	Franzosen, gest..	241 1/8	240 1/4
Nord. Bundesan.	100 5/8	100 5/8	Wechselcours Lon.	6.20⅞	6.20 3/8

Belgier Wechsel 79⅞.

London, 22. Januar. (Getreidemarkt.) [Schlußbericht.] Verspätet. Für trockenen englischen Weizen äußerste Preise, geringer vernachlässigt, fremder fest. Malzgerste 1s Wochensteigerung. Anderes stetig. Trübes Wetter.

Meteorologische Depesche vom 23. Januar.

	Barom.	Temp.R.	Wind.	Stärke.	Himmelsansicht.
Memel ...	336,0	0,6	S	stark	bedeckt.
Königsberg	335,8	0,2	SO	stark	bedeckt.
Danzig ...	335,0	— 1,2	S	schwach	bedeckt.
Cöslin ...	334,0	— 0,6	S	schwach	bedeckt.
Stettin ...	334,2	— 0,3	S	mäßig	bedeckt.
Putbus ..	330,8	— 0,3	SO	mäßig	bezogen.
Berlin ...	332,8	— 0,9	S	mäßig	heiter, gest. Nebel.
Köln	324,0	3,4	SO	mäßig	trübe.
Trier	324,7	5,4	SW	mäßig	trübe, Regen.
Flensburg	332,6	0,3	SO	schwach	trüb, wenig Schn.
Wiesbaden	328,8	0,2	SO	schwach	bedeckt, Nebel.
Brüssel ...	329,3	2,9	SSW	schwach	sehr bewölkt, Reg.
Haparanda	336,0	— 2,4	S	schwach	bedeckt.
Petersburg	338,9	— 2,1	S	lebhaft	bedeckt, Schnee.
Riga	—	—	—	—	fehlt.
Moskau ..	335,1	— 4,2	S	—	bedeckt.
Stockholm.	335,6	— 0,3	OSO	schwach	bed., Nchts. Schn.
Helder .	330,1	3,4	SO	schwach	—

Redaction, Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.